

## Anfragen zum Plenum in der 48. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Benjamin Adjei**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob in dem Lizenzvertrag zur Nutzung und Bereitstellung der Luca App zwischen dem Freistaat Bayern und der Nexenio GmbH eine automatische Vertragsverlängerung vorgesehen ist (bitte Kündigungsfrist mit angeben), anhand welcher Kriterien die Staatsregierung vor einer möglichen Vertragsverlängerung den praktischen Nutzen der Luca App evaluieren wird und welche Kosten im Falle einer Vertragsverlängerung auf den Freistaat Bayern zukommen?

**Horst Arnold**  
(SPD)

Nachdem auf dem BayernPortal der Staatsregierung unter der Rubrik „Lokale Coronavirus Testzentren, Erstattung von Kosten für die Einrichtung und den Betrieb“ zu lesen ist, dass diese Leistungsbeschreibung „aktuell“ (Stand 01.10.2021) überarbeitet wird, frage ich die Staatsregierung, welche Gründe gaben und geben Anlass zur Überarbeitung und wann ist angesichts der zunehmenden Nachfrage mit einer Vollendung und Veröffentlichung der Überarbeitung zu rechnen?

**Inge Aures**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, nachdem sie laut eigener Aussage die Polizeiinspektion Kulmbach in der Liste sanierungsbedürftiger Polizeigebäude führt (siehe Antwort der Staatsregierung auf die Schriftliche Anfrage von Markus Rinderspacher, Drs. 18/6949, wie ist der Sachstand des Umbaus der PI Kulmbach, welche Umbaumaßnahmen müssten (bitte mit Angaben zum finanziellen Umfang) geleistet werden und wann ist mit dem Beginn der Umbaumaßnahmen zu rechnen?

**Prof. (Univ. Lima)  
Dr. Peter Bauer**  
(FREIE WÄHLER)

Nachdem laut Bundesfamilienministerium rund 500 000 Kinder und Jugendliche mit der Pflege von Elternteilen, Geschwistern oder Großeltern betraut sind, frage ich die Staatsregierung, auf wie viele Kinder und Jugendliche dies in Bayern zutrifft?

**Johannes Becher**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kinder und Jugendliche in Bayern sind seit 01.01.2021 an COVID-19 erkrankt? (bitte aufschlüsseln nach Altersgruppen und prozentual nach Anteil, der aufgrund von Symptomen behandelt werden musste/ der auf einer Intensivstation behandelt werden musste/ der aufgrund der Corona-Infektion verstorben ist/ der bis heute an sog. Long COVID-Folgen leidet)?

**Franz Bergmüller**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Direktflüge nach ihrer Kenntnis – insbesondere nach Kenntnis der für die Flughäfen in Bayern zuständigen Gesundheitsämter – seit 01.11.2021 aus der Republik Südafrika kommend auf bayerischen Flughäfen gelandet sind (bitte hierbei auch die der Staatsregierung bekannte theoretische Passagier-Kapazität offenlegen), welche Initiativen die Staatsregierung seit 01.11.2021 – chronologisch aufgeschlüsselt – umgesetzt hat, um z. B. nach Maßgabe von § 25 – Infektionsschutzgesetz (IfSG) Personen, die – sei es per Direktflug oder per Flug mit Zwischenaufenthalt – aus der Republik Südafrika zu ihrem Wohnsitz in Bayern zurückgekehrt sind bis zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage zu kontaktieren, z. B. weil sie als potenzielle Träger der Omikron-Variante des COVID-Virus in Betracht kommen und bei wie vielen der als erstes abgefragten Passagiere bzw. der durch die Staatsregierung erreichten Südafrika-Reisenden mit Wohnsitz in Bayern liegt zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage ein positives/negatives Testergebnis auf das COVID-Virus, insbesondere auf die Omikron-Variante des Testergebnisses, oder andere Informationen nach § 11, 25 IfSG vor?

**Cemal Bozoğlu**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nach Bekanntwerden des Fundes von Kartenausschnitten mit Nürnberger Stadtteilen beim NSU-Unterstützer Andre Eminger, frage ich die Staatsregierung, welche Informationen ihr zur Nazi-WG in der Nürnberger MarthasträÙe, in der auch Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe mehrfach übernachtet haben sollen, vorliegen, welche Rückschlüsse sich aus den nun vorliegenden Kartenausschnitten ergeben und ob sie mit Blick auf diese neuen Erkenntnisse zu einer neuen Bewertung der Rolle Emingers innerhalb des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ kommt?

**Florian von Brunn**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele COVID-19-Impfungen wurden seit Beginn der Impfungen im Freistaat Bayern pro Monat in den Jahren 2020 und 2021 bis heute durchgeführt (bitte unter Angabe des jeweiligen Monats, der Anzahl der Impfungen pro Monat, der Gesamtzahl der Impfungen, der Anzahl der Impfungen verteilt auf die verschiedenen Impf-Akteure – wie Impfzentren, mobile Impfteams und Hausärzte – und dem Anteil der jeweiligen Impfstoffe), wie viele Auffrischungsimpfungen (Booster-Impfungen) wurden pro Monat im Jahr 2021 im Freistaat Bayern bis heute durchgeführt (bitte unter Angabe des jeweiligen Monats, der Anzahl der Auffrischungsimpfungen pro Monat, der Gesamtzahl der Auffrischungsimpfungen, der Anzahl der Impfungen verteilt auf die verschiedenen Auffrischungsimpf-Akteure – wie Impfzentren, mobile Impfteams und Hausärzte – und dem Anteil der jeweiligen Impfstoffe) und wie viele Impfzentren (bzw. Kapazität an Impfzentren) und mobile Impfteams waren im Freistaat Bayern pro Monat in den Jahren 2020 und 2021 bis heute aktiv (bitte unter Angabe des jeweiligen Monats, der Gesamtzahl der aktiven Impfzentren pro Monat, der im aktiven Einsatz befindlichen Kapazität der Impfzentren pro Monat und der Anzahl der aktiven Impfteams pro Monat)?

**Dr. Markus Büchler**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welchen „Abarbeitungsstau“ bei der Instandhaltung (Zitat vom Qualitätsmanager der Bundesförderung für effiziente Gebäude [BEG] im MM vom 19.11.2021) der Gleisinfrastruktur es nach ihrer Kenntnis derzeit bei der S 1 der S-Bahn München gibt (bitte ggf. auf vorliegende Maßnahmenvorschläge der Deutschen Bahn eingehen), wann sind diese Maßnahmen geplant und welche Auswirkungen haben diese Baumaßnahmen auf den Betrieb der S 1 (z. B. Schienenersatzverkehr, Zugausfälle)?

**Kerstin Celina**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem das Teilhabestärkungsgesetz (kurz für „Gesetz zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sowie zur landesrechtlichen Bestimmung der Träger der Sozialhilfe“) am 09.06.2021 im Bundesgesetzblatt verkündet wurde, frage ich die Staatsregierung, wie sie das Gesetz im Hinblick auf das Erreichen von mehr Inklusion und Barrierefreiheit in Bayern bewertet, welche konkreten landesrechtlichen Anpassungen es zur Folge hat und wie der Zeitplan zur Umsetzung aussieht?

**Dr. Anne Cyron**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Jungen/Männer in Bayern zwischen zwölf und 35 Jahren von 2015 bis heute eine Myokarditis erlitten (bitte die Anzahl nach Alter jährlich auflisten), wie viele Jungen/Männer in Bayern zwischen zwölf und 35 Jahren seit Beginn der Coronakrise bis heute eine Myokarditis infolge einer COVID-19-Infektion erlitten (bitte die Anzahl nach Alter monatlich auflisten) und wie viele Jungen/Männer in Bayern zwischen zwölf und 35 Jahren seit 01.01.2021 bis heute eine Myokarditis infolge einer COVID-19-Impfung erlitten (bitte die Anzahl nach Alter monatlich auflisten)?

**Maximilian Deisenhofer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie gestaltet sich die derzeitige Verfügbarkeit für Corona-Tests in Bayern (vorhandene Tests und mögliche Termine, bitte aufgeschlüsselt nach Schnelltests und PCR-Tests), wie lange ist die Wartezeit auf das Ergebnis der PCR-Tests (bitte Durchschnitt und Höchstdauer angeben) und welche Impfaktionen für Kinder gab es in Schwaben seit dem 19.08.2021 (bitte auflisten)?

**Gülseren Demirel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum die Regierung von Unterfranken (Zentrale Gebührenabrechnungsstelle) nicht von Amts wegen die Verfahren bei allen betroffenen Geflüchteten, die im Jahr 2017 Gebührenbescheide für ihre Unterkünfte bekommen und diese aus eigenem Einkommen bezahlt haben, wieder aufgreift, womit alle Betroffenen erreicht würden, sondern stattdessen das Wiederaufgreifen des Verfahrens von Anträgen der Betroffenen, denen sie dazu zahlreiche Briefe schickt mit der Bitte um Stellung solcher Wiederaufgreifensanträge, abhängig macht?

**Albert Duin**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, bezugnehmend auf die Schriftliche Anfrage mit der Drs. 18/4696 vom 05.08.2019, inwiefern nun die Maßnahmen zur Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung an Ganztagschulen mit der externen Evaluation verschmolzen worden sind (bitte unter Nennung der detaillierten Umsetzung), in welchem Umfang diese neue Art der externen Evaluation an den bayerischen Ganztagschulen eingeführt wurde (wenn möglich, bitte aufschlüsseln nach Regierungsbezirk, Landkreis und Ganztagsform inklusive Kooperativer Ganztagsbildung – KoGa) und wie das neue Instrument in Zukunft in Bezug auf den anstehenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter eingesetzt werden soll?

**Katrin Ebner-Steiner**  
(AfD)

Vor dem Hintergrund diverser Presseberichte über die Lage in bayerischen Einrichtungen für Kinder- und Jugendpsychiatrie, wonach Bayerns Kinder- und Jugendpsychiatrien auch wegen der Einschränkungen aufgrund der Coronapandemie am Limit sind, frage ich die Staatsregierung, wie viele Kinder und Jugendliche werden zum Stichtag 01.11.2021 in kinder- und jugendpsychiatrischen Einrichtungen im Freistaat stationär und teilstationär behandelt (bitte nach Altersgruppen 1 bis 3, 4 bis 7, 8 bis 12, 12 bis 17 aufschlüsseln), wie hoch ist der Anstieg seit Beginn der sogenannten Coronapandemie im März 2020 (bitte nach Monaten aufschlüsseln) und wie viele Kinder und Jugendlichen warten derzeit auf Zuweisung eines Klinikplatzes.

**Matthias Fischbach**  
(FDP)

Vor dem Hintergrund der Drs. 18/10190 – Schriftliche Anfrage „Staatsexamen (Lehramt) in Bayern“ – und des Vollzugsberichts vom 24. Februar 2021 zu Drs. 18/11849, wonach nun „eine zeitnahe, entsprechende Überprüfung der Fälle durch das Prüfungsamt im Staatsministerium für Unterricht und Kultus“ möglich sei sowie erneuter Berichte von Betroffenen frage ich die Staatsregierung, wie viele (Teil-)Prüfungsleistungen, Korrekturen, Prüfungsprotokolle und -Ergebnisse in den Prüfungsterminen seit Herbst 2020 jeweils verloren- bzw. untergegangen sind (bitte für die Lehramtsstaatsexamen getrennt nach Schularten, Fachrichtungen und nach Zusatzqualifikation aufschlüsseln), wie viele Prüflinge durch verlorene oder untergegangene Teilprüfungen das Studium bzw. die Zusatzqualifikation vorübergehend/endgültig nicht bestanden bzw. nur mit einer Verschlechterung der Gesamtnote bestanden haben (bitte getrennt nach Schularten und Fachrichtungen aufschlüsseln) und wie die in der o. g. Vollzugsmitteilung aufgeführten Sicherungsmaßnahmen vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse zu bewerten sind (bitte auch auf die in der Vollzugsmitteilung durch Herrn Staatsminister für Unterricht und Kultus Prof. Dr. Michael Piazzolo abgelehnte zusätzliche Absicherung durch eine Digitalisierung von Prüfungsarbeiten Bezug nehmen)?

**Anne Franke**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ob es konkrete Überlegungen gibt, die Schutz- und Ruhezone für Wasservögel an Starnberger See und Ammersee – beides Brut- und Überwinterungsgebiete für zehntausende Wasservögel von größter, europaweiter Bedeutung – auszuweiten, so wie es auch der Landesbund für Vogelschutz und das Bayerische Landesamt für Umwelt empfehlen, und an die Dynamik der Landschaftsentwicklung (z. B. Verlandung der Ammermündung am Ammersee) anzupassen, und welche konkreten Bemühungen gibt es seitens der Staatsregierung, für den Ammersee mittelfristig den Rang eines UNESCO-Biosphären- Reservates zu erreichen – angesichts ökologischer und touristischer Vorteile, die eine solche Ernennung mit sich bringt?

**Patrick Friedl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Da die vom Ministerrat am 9. April 2019 beschlossenen Punkte als Stellungnahme der Staatsregierung zum Volksbegehren „Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern – Rettet die Bienen!“ (Drs. 18/1736) unter 3.2. „Mehr Ökologie“ bei der Einbringung des Gesetzentwurfes Eingang gefunden haben, frage ich die Staatsregierung zum Punkt „Stärkung der Landschaftspflegeverbände“ welche Maßnahmen zur Verbesserung der Förderung der Verbände und Stärkung der Koordinierungsstelle bereits umgesetzt wurden (bitte die Aufstockung der Mittel aufgliedert nach Regierungsbezirken angeben) und welche weiteren Maßnahmen bis wann geplant sind?

**Barbara Fuchs**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Amazon Logistik-, Sortier- bzw. Verteilzentren gibt es bereits in Bayern und wo befinden sich welche in Bau oder sind geplant (bitte aufgeschlüsselt nach Ort, Art des Standorts, Größe und Inbetriebnahme Zeitpunkt)?

**Thomas Gehring**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass die Gemeinden im Freistaat Bayern als örtlich zuständige Sicherheitsbehörden dafür verantwortlich sind, Obdachlosigkeit zu beseitigen und die zuständige Stadtverwaltung Bogen die Auffassung vertritt, dass eine seit 19 Jahren in diesem Ort als Gemeindegewohnerinnen bzw. Gemeindegewohnern lebende Familie (darunter ein 16-jähriges Mädchen) nach der zum 31.10.2021 eingetretenen Obdachlosigkeit in einem auf einem Nebengleis des örtlichen Bahnhofs abgestellten Eisenbahnwagen untergebracht werden soll, da dies „sämtliche Voraussetzungen einer Notunterkunft erfüllt oder sogar darüber liegt“, während zugleich bekannt ist, dass die Familie zu einer von den Nationalsozialisten verfolgten deutschen Minderheit gehört, frage die Staatsregierung, ob die Unterbringung von Obdachlosen, darunter schulpflichtige Minderjährige, in einem Eisenbahnwagen grundsätzlich zulässig ist, ob die Unterbringung in einem Eisenbahnwagen die Voraussetzungen für eine Notunterkunft, selbst wenn es sich bei den Betroffenen um eine Familie handelt, deren Vorfahren von den Nationalsozialisten verfolgt und mit der Bahn in die Konzentrationslager deportiert wurden, erfüllt und ob stattdessen die zuständige Stadtverwaltung nicht verpflichtet wäre, freistehenden Wohnraum gem. Art. 7 Abs. 2 Nr. 3, Art. 9 Abs. 3 des Landesstraf- und Verordnungsgesetzes (LstVG) zu beschlagnahmen und die Familie in derzeit (nicht zuletzt aufgrund pandemiebedingter Stornierungen) freistehenden Hotels, Ferienwohnungen oder Pensionen unterzubringen, bis eine geeignete Wohnung gefunden wird?

**Harald Güller**  
(SPD)

Nachdem die über die 15. Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (15. BayIfSMV) teilweise bei sportlichen Aktivitäten angeordnete Maskenpflicht vernünftigerweise beim Schwimmsport nicht im Wasser gelten kann, frage ich die Staatsregierung, ob und ggf. welche konkreten Musterpläne es von Seiten der Staatsregierung – insbesondere auch für den Schulsport – zur Umsetzung der Maskenpflicht beim Schwimmen gibt?

**Martin Hagen**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit im Nachgang an ein Fachgespräch des CSU-Kreisverbandes Aschaffenburg im Mai 2021 mit der Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr, Kerstin Schreyer, bei dem sie ein Bekenntnis zu Reaktivierung der Bachgau-Bahn abgab, entsprechende Planungen gediehen sind, die Bahnreaktivierungskriterien, insbesondere das 1 000er-Kriterium anzupassen, inwieweit diese Planungen durch die Abgeordneten Judith Gerlach und Winfried Bausback vorangetrieben worden sind?

**Prof. Dr. Ingo Hahn**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch die Quote der doppelt gegen COVID-19 geimpften bzw. genesenen Hochschullehrer an den bayerischen Hochschulen ist (bitte getrennt auflisten), wie hoch die Quote der doppelt gegen COVID-19 geimpften bzw. genesenen Studenten an den bayerischen Hochschulen ist (bitte getrennt auflisten) und ob die Staatsregierung eine zeitnahe Auffrischungsimpfung bei den nicht vorerkrankten Studenten für notwendig hält, um den Präsenzbetrieb aufrechtzuerhalten?

**Volkmar Halbleib**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund, dass am 31.12.2021 die Grundwasserentnahmerechte von vier größeren landwirtschaftlichen Betrieben in den Gemeinden Bergtheim, Hausen und Unterpleichfeld in der sog. Bergtheimer Mulde im Landkreis Würzburg auslaufen, bei denen die Betriebe bislang Genehmigungen zur Entnahme von 20, 30, 73 und 154 Mio. Liter Grundwasser hatten, frage ich die Staatsregierung, in welchem Umfang die vorliegenden Anträge zur Fortführung der Entnahme trotz der mehr als angespannten Grundwassersituation genehmigt bzw. vom Wasserwirtschaftsamt befürwortet werden (bitte mit Angabe des genauen Zeitraums), mit welchen konkreten Auflagen ( insbesondere bitte wasserbezogenen Bewirtschaftungsauflagen für die entnehmenden Betriebe nennen) diese aus Sicht der Wasserwirtschaftsverwaltung verbunden werden sollen und welche Erkenntnisse dafür aus dem von der Staatsregierung 2016 zugesagten Gutachten zum Niedrigwassermanagement in der Bergtheimer Mulde gezogen wurden (vgl. Anfrage zum Plenum am 27.11.2019 – Drs. 18/5058)?

**Christina Haubrich**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob ihr bayerische Landkreise bekannt sind, in denen in den letzten Wochen die Sequenzierung von SARS-CoV-2-Proben eingestellt wurde, ob die bayerischen Gesundheitsämter derzeit über ausreichend Kapazitäten verfügen, Daten zu VOC zeitnah zu melden und wie die umgehende Sequenzierung und Nachverfolgung von Reiserückkehrerinnen bzw. Reiserückkehrern aus Südafrika mit Verdacht auf die Omikron-Variante in Bayern gesichert ist?

**Elmar Hayn**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nach dem aktuellen Stand/Zeitplan der „Ausschreibung Nutzung/Betreibersuche und Erstellung einer Machbarkeitsstudie“ für die Burg Veldenstein, wie in der Drs. 18/11851 aufgeführt, frage ich die Staatsregierung, welche Nutzungen vorgesehen sind und welche Entscheidungsträger bei den Auswahlprozessen beteiligt sind.

**Dr. Wolfgang Heubisch**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit es an bayerischen Hochschulen und Universitäten sichergestellt ist, dass nicht vollständig geimpfte Studierende bei Studiums relevanten Praxiskursen (z. B. Sport, Labor, Musik etc.) teilnehmen können, wie groß der Anteil der Kurse ist, die trotz der 2G-Möglichkeit nicht hybrid sondern vollständig online abgehalten werden (bitte nach den einzelnen Hochschulen aufgliedern) und wie die Staatsregierung die Chancengleichheit betrachtet zwischen den Studierenden, die nur online teilnehmen können und denjenigen, die die Kurse in Präsenz besuchen können?

**Alexandra Hiersemann**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund einer im Raum Erlangen-Eltersdorf betriebenen „alternativen Schule“, über die nordbayern.de am 24.11.2021 berichtet hat,<sup>1</sup> frage ich die Staatsregierung, seit wann den Behörden der Betrieb dieser „Schule“ bekannt war, seit wann den Behörden das Fehlen der dort offenbar unterrichteten Schülerinnen und Schüler im Regelschulbetrieb bekannt war und was bis zum Erscheinen des Artikels von staatlicher Seite gegen den Betrieb unternommen wurde?

**Dr. Helmut Kaltenhauser**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, was den Staatssekretär des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration, Herrn Gerhard Eck, dazu veranlasst hat, sich – über das Informationsrecht eines Abgeordneten hinaus – für den Erhalt eines unrechtmäßig gebauten Pferdestalls im Außenbereich der Gemeinde Zell am Main einzusetzen, was genau Herr Eck in dieser Angelegenheit unternommen hat (bitte jeweils mit Datumsangabe) und in welcher Form Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann über die Aktivitäten des Staatssekretärs in diesem Fall eingeweiht worden ist (bitte ebenfalls jeweils mit Datumsangabe)?

**Christian Kligen**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, bei wie vielen COVID-Intensivpatienten in Bayern war seit 01.01.2021 bis heute der COVID-Impfstatus unbekannt (Bitte getrennt nach Alter und Geschlecht monatlich auflisten); wie viele COVID-Intensivpatienten in Bayern waren seit 01.01.2021 bis heute einmal gegen COVID geimpft und wie viele COVID-Intensivpatienten in Bayern waren seit 01.01.2021 bis heute zwar zweimal geimpft, aber unterhalb der 14-Tage-Frist für eine Vollimmunisierung?

**Paul Knoblach**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, bis wann bezüglich des Antrags der Thüringer Eisenbahn GmbH auf Erteilen einer Unternehmensgenehmigung zum Betreiben einer Eisenbahninfrastruktur auf der Strecke der Steigerwaldbahn mit einer Entscheidung zu rechnen ist, falls die Entscheidung bereits getroffen wurde, wie ist das Ergebnis und welche Auflagen oder Bedingungen enthält die Genehmigung (ggf. bitte die Gründe angeben, sollte Genehmigung nicht erteilt worden sein)?

**Claudia Köhler**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem im Haushaltsplan für 2021 Mittel für die Förderung von 1 070 Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS)-Stellen veranschlagt sind, frage ich die Staatsregierung wie viele dieser Stellen derzeit tatsächlich gefördert werden, wie viele Stellen mit den zusätzlichen Bundesmitteln aus dem „Aktionsprogramm Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ darüber hinaus derzeit gefördert werden und wie die im Kap. 13 19 vorgesehenen Bundesmittel und die ebenfalls aus dem Kap. 13 19 vorfinanzierten Landesmittel im verwendet werden?

---

<sup>1</sup> <https://www.nordbayern.de/region/aufgedeckt-eltern-betreiben-offenbar-alternative-schule-bei-erlangen-1.11536120>



**Natascha Kohnen**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, vor dem Hintergrund des bestehenden Bedarfs der kassenärztlichen Versorgung der fast 2 000 Unterförhringer Kinder und Jugendlichen zwischen 0 und 15 Jahren sowie vor dem Hintergrund der erwartbaren weiteren Zunahme des Bedarfs durch geplante zusätzliche 1 400 Gymnasiasten am, bereits im Schuljahr 2020/2021 in Betrieb gegangenen, neuen Schulcampus in Unterföhring, frage ich die Staatsregierung, weshalb den Unterförhringer Kindern und Jugendlichen bisher keine wohnortnahe hausärztliche Versorgung durch einen Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin zugestanden wurde, welche möglichen Handlungsspielräume die Staatsregierung zur Behebung dieses sich absehbar weiter verstärkenden Missstandes sieht und wie sie gedenkt, die wohnortnahe pädiatrische hausärztliche Versorgung der Kinder und Jugendlichen in Unterföhring konkret anderweitig sicherzustellen?

**Sebastian Körber**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Gründe vorliegen, sodass Sie gemäß 15. Bayerischer Infektionsschutzmaßnahmenverordnung bei touristischen Busreisen (vgl. §4 und §15) wesentlich strengere Schutzmaßnahmen sowohl gegenüber dem Öffentlichen Verkehr als auch anderen Bundesländern bzw. dem Bund schafft, warum nicht gleich ein bayernweites Berufsverbot ausgesprochen wurde und inwiefern sie der Überzeugung ist, dass man ein Busunternehmen bei einer Kapazitätsbeschränkung von 25 Prozent (bzw. Mindestabstand von 1,5 m) sowie einer 2G-Plus-Regelung noch wirtschaftlich betreiben kann?

**Andreas Krahl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der Antwort einer Schriftlichen Anfrage vom 12.10.2021, in der das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege sich bezüglich der Impfquote von Beschäftigten in Alten-Pflegeeinrichtungen und Wohneinrichtungen der Behindertenhilfe äußert, frage ich die Staatsregierung, welche neuen Erkenntnisse der Staatsregierung durch die Ergebnisse der im Oktober angekündigten Stichprobenerhebungen über die Impfquote der Beschäftigten in Alten-, Pflegeeinrichtungen und Wohneinrichtungen der Behindertenhilfe vorliegen (bitte nach Grundimmunisierung und Auffrischungsimpfung aufschlüsseln) und wie hoch ist die Impfquote bei den Bewohnerinnen bzw. den Bewohnern der genannten Einrichtungen (bitte auch hier nach Grundimmunisierung und Auffrischungsimpfung aufschlüsseln)?

**Susanne Kurz**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie angesichts der Empfehlung des Ausschusses für Humanarzneimittel (CHMP) der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) vom 25.11.2021 zur Erweiterung der Indikation für den COVID-19-Impfstoff Comirnaty/BionTech auf die Verwendung bei Kindern im Alter von fünf bis elf Jahren bayernweit zügig Kinderimpfungen ermöglichen wird, warum sie angesichts Millionen erfolgreicher Kinderimpfungen in den USA und Israel und Münchner Inzidenzen in der Gruppe der 6- bis 11-Jährigen von aktuell über 1 200 den sofortigen durch die Münchner Gesundheitsreferentin Beatrix Zurek angekündigten Impfstart für Kinder in München „auch vor dem 20. Dezember“, also dem Impfbeginn noch vor Lieferung der sogenannten Kinder-Vials Ende Dezember an Praxen und Impfzentren, nicht unterstützt und wie sie die von der EMA ausdrücklich erwähnte Möglichkeit, bis zur Lieferung der Kinder-Vials die entsprechende Kinder-Dosis aus den bisher verfügbaren Vials abzufüllen, als Möglichkeit einschätzt, mit umgehenden Kinderimpfungen ab sofort Infektionen von Großeltern durch Enkel an den kommenden Weihnachtsfeiertagen und eine somit dann drohende fünfte Welle zu verhindern?

**Stefan Löw**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch die Impfquote von Asylbewerbern, anerkannten Asylanten so wie abgelehnten Asylbewerbern, Flüchtlingen mit internationalem, subsidiärem Schutz und Geduldeten ist und wie sich die verabreichten Dosen auf die jeweils derzeit zugelassenen Impfstoffe aufteilen und welchen Anteil (prozentual) die Geimpften dieser Gruppen zur gesamten Impfquote beitragen.

**Roland Magerl**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie die geplante Zusammenlegung der Rettungsdienstbereiche Nordoberpfalz und Amberg bewerten, ob weitere Zusammenlegungen mit Blick auf die enorme Kostenersparnis bei gleichzeitiger höherer Ausfallsicherheit in Bayern sinnvoll wären und welche Vision die Staatsregierung von der Zukunft der Integrierten Leitstellen in Bayern hat, auch mit Blick auf den Umstand, dass für die Telenotarzt-Bereiche nur drei Zentralen benötigt werden?

**Christoph Maier**  
(AfD)

Vor dem Hintergrund mehrerer Farbanschläge auf mindestens zwei Burschenschaften in München am vergangenen Wochenende<sup>1</sup> und einem Bekennerschreiben auf der Facebook-Seite von „antifa stammtisch“ und „Indymedia“ frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse sie über die Anschläge hat, welche Höhe der geschätzte Sachschaden liegt und welche Erkenntnisse sie über eine dunkel gekleidete Frau mit Spiegelreflex-Kamera hat, die sich in verdächtiger Art und Weise am 11.10.2021 vor dem Haus einer der betroffenen Burschenschaften aufhielt und ihrerseits aber fotografiert wurde?

---

<sup>1</sup> <https://iftuz.wordpress.com/2021/11/28/munchen-bekennerschreiben-nach-farbanschlag/>

**Ferdinand Mang**  
(AfD)

Da die Gefahr des Zusammenbruchs der Stromversorgung in Bayern erheblich gestiegen ist und ein solcher Blackout für den Fall einer Beschädigung der Umspannwerke mehrere Tage dauern könnte, frage ich die Staatsregierung aus gegebenem Anlass, ob sie Notfallpläne für den Fall, dass in den Ballungszentren innerhalb des Freistaates Bayern die Stromversorgung für länger als 24 Stunden ausfällt, erarbeitet hat, insbesondere, ob Pläne für die Aufrechterhaltung der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Medikamenten sowie die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Wasserversorgung vorliegen.

**Gerd Mannes**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch die gesamte jährliche Nachfrage in Bayern nach Erdgas in den Jahren 2015 bis 2020 war (falls möglich, bitte pro Jahr in Kubikmetern und/oder KWh angeben), für wie hoch die gesamte jährliche Nachfrage in Bayern nach Erdgas in den Jahren 2021 bis 2023 eingeschätzt wird (falls möglich, bitte pro Jahr in Kubikmetern und/oder KWh angeben) und zu welchem Anteil diese gesamte jährliche Nachfrage (2015 bis 2020 und 2021 bis 2023) über Importe gedeckt wird (falls möglich, bitte pro Jahr in Prozent angeben)?

**Helmut Markwort**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, ob es eine Zusammenarbeit zwischen der Firma Virtual Solution AG und dem Landeskriminalamt gab (bitte auch Form der Zusammenarbeit angeben), ob es einen Kontakt zwischen dem Gesellschafter Herrn Nicolaus von Rintelen und dem Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration gab (bitte jeweils mit Datumsangabe), und, falls ja, worum es dabei ging?

**Verena Osgyan**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche zusätzlichen Sofort-Maßnahmen sie vorsieht, um die Schausteller nach Absage der bayerischen Weihnachtsmärkte schnellstmöglich finanziell zu unterstützen, wann diese Hilfen genau ausgezahlt werden sollen und welche Summe hierfür insgesamt bereitgestellt wird?

**Tim Pargent**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welchem Umfang hat die Staatsregierung seit 2019 den vereinseigenen Sportstättenbau in Bayern finanziell unterstützt (bitte nach beantragten und bewilligten Fördermitteln sowie nach Verein und Regierungsbezirk aufgeschlüsselt), wie hoch ist der Anteil, der speziell sogenannten strukturschwachen Regionen zugute kam und inwiefern ist die Vergabe von Fördermitteln für den Sportstättenbau in Bayern an Nachhaltigkeitskriterien (wie z. B. den Einsatz von Regenwasser bei Beregnungsanlagen oder den Bau von Photovoltaikanlagen) geknüpft?

**Doris Rauscher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Überlegungen gibt es seitens der Staatsregierung, für Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien und in Brennpunktvierteln eine Ausnahme bei den 2G-Zugangsregelungen zu Angeboten der Jugendarbeit zu beschließen, um ihnen auch weiterhin die nötige Unterstützung zukommen zu lassen, welche Voraussetzungen für pädagogische Angebote für belastete und sozial benachteiligte Angebote in Jugendzentren und Jugendeinrichtungen müssten erfüllt sein, um diese nach 3G-Standard zu öffnen (z. B. für Sondergenehmigung über die Jugendämter), und falls eine Differenzierung nicht geplant ist, wie gedenkt die Staatsregierung die großen Unterstützungs-, Förder- und Begleitungsbedarfe der betroffenen jungen Menschen anderweitig zu kompensieren?

**Markus Rinderspacher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Polizistinnen und Polizisten aktuell in COVID-19-Quarantäne sind (bitte nach Polizeivereinigungen und nach Inzidenzen, tatsächlichen Infektionen sowie im Gesamten aufgelistet angeben), wie hoch die Impfquote liegt (bitte nach Polizeivereinigungen und im Gesamten nach Erstimpfungen, Zweitimpfungen und Booster aufgelistet angeben) und welche Corona-Testregelungen aktuell für die bayerischen Polizeivereinigungen gelten?

**Florian Ritter**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, nachdem es laut Beobachterinnen bzw. Beobachtern bei einer Querdenker-Demo, dem vorgeblichen Trauermarsch für einen kürzlich verstorbenen Aktivist, am Sonntag in München zu massiven Verstößen gegen das zentrale Hygienekonzept kam, frage ich die Staatsregierung, welche Auflagen galten für die Kundgebung, wie oft wurden die Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmer per Durchsage zur Einhaltung der Auflagen aufgefordert und warum wurde die Versammlung, trotz offensichtlich gravierender Verstöße, nicht aufgelöst?

**Julika Sandt**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung aus welchem Grund trotz der Ankündigung, dass die Studie COVID Kids Bavaria bis Ende Januar 2021 beendet werden soll und dass Ende März 2021 die Auswertung abgeschlossen werden soll noch keine Ergebnisse vorliegen, wann mit Ergebnissen und einer entsprechenden Veröffentlichung der Studie zu rechnen ist und welche Ableitungen für die Pandemiebekämpfung aus den Ergebnissen gezogen werden?

**Jan Schiffers**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Möglichkeiten für Personen bestehen, die weder genesen noch geimpft oder getestet sind und auf die Inanspruchnahme öffentlicher Verkehrsmittel angewiesen sind, um die nächste Teststation erreichen zu können, ob es erforderlich ist, dass der dem Arbeitgeber vorgelegte Test mit einer Gültigkeit von 24 Stunden für das Betreten der Arbeitsstätte auch die gesamte Arbeitszeit bis zum Arbeitsende umfasst (bitte mit genauer Benennung der gesetzlichen Vorschrift oder der entsprechenden Verordnung) und ob ein Arbeitnehmer das Recht hat, sich mit mitgebrachten, CE-zertifizierten Selbsttests unter Aufsicht einer durch den Arbeitgeber benannten Person zu testen (bitte mit genauer Benennung der gesetzlichen Vorschrift oder der entsprechenden Verordnung)?

**Toni Schubert**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Konsequenzen sie nach der Presseberichterstattung über die Arbeitsbedingungen von Gerichtsreporterinnen und Gerichtsreportern an den Münchner Gerichten (siehe den Artikel in der Süddeutschen Zeitung vom 21. September 2021 „Wie die Münchner Justiz mit Journalisten umgeht“) gezogen hat, insbesondere nach dem in der Antwort der Staatsregierung auf meine Anfrage zum Plenum vom 27. September 2021 angekündigten Gespräch mit den Journalistinnen und Journalisten am Oberlandesgericht München, welche Änderungen bezüglich der Arbeitsbedingungen es für die Journalistinnen und Journalisten im Neubau des Justizzentrums am Leonrodplatz in München geben wird, das 2023 fertig gestellt sein soll, und inwiefern bei der Planung für diesen Neubau auch die Gerichtsreporterinnen und Gerichtsreporter einbezogen bzw. gehört worden sind.

**Stephanie Schuhknecht**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, haben die Fachverbände des Bayerischen Landes-Sportverbands (BLSV) im Zeitraum vom 2014 bis 2019 staatliche Fördergelder für Digitalisierungsmaßnahmen bekommen, wenn ja, in welcher Höhe und welche Gesamtsumme hat der BLSV dafür beantragt?

**Katharina Schulze**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Angehts von Medienberichten über die Gründung einer „Hannah Arendt Akademie“ aus dem Umfeld der Querdenkerbewegung frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse ihr über den Trägerverein der „Akademie“ vorliegen, unter welchen Voraussetzungen der Verein dazu berechtigt ist, eine akademische Aus- und Weiterbildung anzubieten und welche Verbindungen es von Seiten der Akademie zur Querdenkerbewegung und ins verschwörungsideologische Milieu gibt.

**Stefan Schuster**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie oft gab es in den letzten zwei Jahren flächendeckende Ausfälle bei den Notrufnummern 112 und/oder 110, aufgrund derer Notrufe nicht möglich waren, welche Bereiche (Einsatzzentralen und Integrierte Leitstellen) waren jeweils betroffen und wie lange dauerten die jeweiligen Ausfälle an?

**Anna Schwamberger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen zieht sie in Betracht, um dem extrem hohen Infektionsgeschehen an Schulen entschieden entgegenzutreten, warum wurde vorschnell ein Vorziehen der Weihnachtsferien ausgeschlossen und vor dem Hintergrund, dass Testen ein probates Mittel ist, um gerade Impfdurchbrüche zu erkennen, warum bekommen Lehrerinnen und Lehrer kein angemessenes Testangebot, z. B. die Teilnahme am Klassenpool?

**Josef Seidl**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, zu wie viel Prozent die Erdgasspeicher in Bayern zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage mit Erdgas gefüllt sind, zu wie viel Prozent die Erdgasspeicher in Bayern am 01.12.2020 und 01.12.2019 jeweils mit Erdgas gefüllt waren und unter welcher Schwelle (in Prozent) der Befüllungsstand der bayerischen Erdgasspeicher als kritisch angesehen wird?

**Gisela Sengl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Regelungen für den nächsten Schultag es gibt, wenn die Pooltestergebnisse einer Schulklasse am Vorabend noch nicht vorliegen, welche Handhabe die Schulen bei einem bekannten Kontaktfall in einer Klasse oder im Bereich der Mittagsbetreuung/ Hort etc. haben, wenn die Quarantäneanordnung der Gesundheitsämter z. B. aus Gründen der Überlastung nicht unmittelbar erfolgt und wie Situationen, wie solche der letzten Wochen in den Landkreisen Traunstein und Berchtesgadener Land, dass Quarantäneanordnungen und Kontaktnachverfolgungen zu spät oder nicht erfolgt sind (aufgrund der hohen Anzahl der Fälle), in den nächsten Wochen verbessert bzw. verhindert werden können?

**Florian Siekmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Impfkationen wurden bisher von mobilen Impfteams an Schulen in München durchgeführt (bitte nach Schulart aufschlüsseln), wie viele Impfkationen an Schulen in München wurden darüber hinaus bereits fest vereinbart und welche Maßnahmen trifft sie zur Vorbereitung von schulischen Impfkationen für fünf- bis elfjährige Schülerinnen bzw. Schülern?

**Ulrich Singer**  
(AfD)

Vor dem Hintergrund eines Artikels der Frankenpost vom 25.11.2021, wonach die Stadt München eine spezielle Impfstraße für Kinder plant, frage ich die Staatsregierung, ob sie plant, Impfbusse zu Grundschulen in Bayern zu entsenden, um Grundschulern eine COVID-Impfung anzubieten; braucht es für diese Impfangebote an Grundschulen in Bayern für fünf- bis elfjährige Kinder eine schriftliche Einwilligung/ Einverständniserklärung der Eltern/Erziehungsberechtigten, bevor die Kinder in den Schulen gegen COVID geimpft werden (bitte genau erläutern, ob hier explizit die Einwilligung der Eltern/ Erziehungsberechtigung gebraucht wird) und plant die Staatsregierung die COVID-Impfungen auch in Kindertageseinrichtungen in Bayern für fünf- bis sechsjährige Kinder anzubieten (wenn ja, bitte genau erläutern)?

**Christoph Skutella**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele einheitliche Ansprechstellen nach § 185a im Sozialgesetzbuch Neuntes Buch (SGB IX), die Arbeitgeber bei der Ausbildung, Einstellung und Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen informieren, beraten und unterstützen sollen, existieren bereits oder befinden sich derzeit in Planung, wie viele Beschäftigte sind für diese geplant und ab welchem Zeitpunkt rechnet die Staatsregierung mit einer flächendeckenden Versorgung durch die einheitlichen Ansprechstellen, wie in § 185a Abs. 5 SGB IX beschrieben (bitte unter der Angabe der Standorte der geplanten Ansprechstellen, beim im hier erwähnten § 185a SGB IX handelt es sich um den ab dem 01.01.2022 in Kraft tretenden Paragraphen, welcher mit dem Teilhabestärkungsgesetz eingeführt wurde)?

**Ursula Sowa**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Bezug auf das neue Abschiebegefängnis in Hof für 150 Häftlinge, frage ich die Staatsregierung, wie viele Personalstellen (aufgeschlüsselt nach Funktion/Aufgaben) für die Einrichtung im Personalplan aktuell besetzt sind, wie viele Häftlinge waren an jedem Tag seit Bestehen der Einrichtung in der Haftanstalt untergebracht (Angaben pro Tag) und wie lange ist die Aufenthaltsdauer der Häftlinge (keine Durchschnitts-, sondern absolute Angaben)?

**Dr. Dominik Spitzer**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Regelungen in Bezug auf das Coronavirus gelten für die Betreuung zu Hause von pflegebedürftigen Seniorinnen und Senioren durch 24-Stunden-Kräfte z. B. aus Osteuropa, welche Unterstützung können aktuell pflegende Angehörige bei Schutzmaßnahmen, Testung und Impfung durch die Staatsregierung in Anspruch nehmen und wie bewertet die Staatsregierung die Situation von Pflegebedürftigen, die aktuell während der Pandemie im häuslichen Umfeld versorgt werden?

**Ralf Stadler**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Begleiterkrankungen bei COVID-19-Erkrankten vorliegen, die in den „Hot-Spot-Regionen“ Landkreis Passau und Landkreis Freyung-Grafenau auf Intensivstationen behandelt werden (bitte aufschlüsseln nach Erkrankungen und Anzahl auf Stationen)?

**Rosi Steinberger**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob die lückenlose Fortführung der Berufseinstiegsbegleitung (BerEb) ab September 2022 gesichert ist und in welcher Höhe Haushaltsmittel im Haushaltsplan dafür eingestellt sind?

**Dr. Simone Strohmayr**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Fälle häuslicher Gewalt verzeichnete die polizeiliche Kriminalstatistik in Bayern bisher im Jahr 2021 gegenüber 2019 und 2020 (bitte aufgeschlüsselt nach gesamt Bayern, Schwaben, den schwäbischen Landkreisen und kreisfreien Städten, absoluten Zahlen und Prozentzahlen angeben)?

**Martin Stümpfig**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann wird der Masterplan Geothermie, der am 11.10.2019 angekündigt wurde, veröffentlicht, welche Inhalte hat das angekündigten neuen Förderprogramms zur Geothermie, aus welchen Gründen wurden die vorherigen Förderprogramme für die Geothermie, die bis 2018 existieren, eingestellt?

**Arif Taşdelen**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie rechtfertigt sie vor dem Hintergrund ihrer Beteuerungen, die Bedürfnisse junger Leute im Blick zu haben, und mit Blick auf die nachweislich besonders starken psychischen Belastungen für Kinder und Jugendliche durch die Einschränkungen der Pandemie, dass 12- bis 17-Jährige unabhängig von ihrem Impfstatus zwar Gastronomie- und Hotellerie Angebote, nicht aber die Angebote der Jugendarbeit wahrnehmen dürfen und wie bewertet die Staatsregierung diese Entscheidung anknüpfend an die Empfehlung der Ständigen Impfkommission (STIKO), wonach bei Kindern und Jugendlichen die soziale Teilhabe nicht vom Impfstatus abhängig gemacht werden soll?

**Gabriele Triebel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe hat der Bayerischer Landes- und Sportverband e. V. (BLSV) im Zeitraum von 2014 bis 2019 Fördergelder für Digitalisierungsmaßnahmen erhalten, hat die Ausgabe der Fördergelder Auswirkungen auf die Vergaberichtlinien des zu fördernden Projektes (hier Digitalisierungsmaßnahmen) und in welcher Form?

**Hans Urban**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, angesichts der Tatsache, dass geflüchtete Menschen mit Behinderung laut Art. 21 der EU-Aufnahmerichtlinie (Richtlinie 2013/33/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.06.2013) zu den besonders vulnerablen Gruppen gehören und die Identifizierung des besonderen Schutzbedarfs laut Art. 22 der EU-Aufnahmerichtlinie für die Mitgliedstaaten verbindlich ist sowie angesichts der Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), insbesondere der Achtung der Würde, des barrierefreien Zugangs zu Beratung, der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und der Selbstbestimmung, sowie der Soll-Vorschrift für die Länder nach §44 Abs. 2a im Asylgesetz (AsylG) den Schutz von geflüchteten Menschen mit Behinderung bei der Unterbringung zu gewährleisten, frage ich die Staatsregierung, wie hoch der Anteil von geflüchteten Menschen mit Behinderung an der Gesamtzahl der in der Anker-Einrichtung und in den Gemeinschaftsunterkünften in Unterfranken untergebrachten Asylbegehrenden ist (bitte in Zahlen, in Prozent und getrennt nach Unterkünften angeben), nach welchem Verfahren die besondere Schutzbedürftigkeit von geflüchteten Menschen mit Behinderung in Unterfranken – u. a. auch solcher mit einer nicht-sichtbaren Behinderung – identifiziert wird und welche konkreten Maßnahmen die Staatsregierung zur Gewährleistung der Vorgaben der UN-BRK, des Schutzes nach § 44 Abs. 2a AsylG und den Vorgaben des Bayerischen Schutzkonzeptes der Unterbringungsverwaltung zur Prävention von Ge-



walt vom 26.08.2020 u. a. unter Berücksichtigung der Möglichkeit der Beendigung der Wohnverpflichtung in einer Erstaufnahmeeinrichtung „aus zwingenden Gründen“ nach § 49 AsylG für geflüchtete Menschen mit Behinderung bislang ergriffen hat bzw. ergreifen wird?

**Ruth Waldmann**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele der Kliniken in Bayern mit und ohne Intensivkapazitäten (bitte jeweils nach Bezirken getrennt auszuweisen) sind bislang nicht an der Behandlung von COVID-19 beteiligt und welche Pläne hat die Staatsregierung, diese Kliniken und sonstige geeignete Einrichtungen (z. B. Reha-Einrichtungen) in die Bekämpfung der Pandemie aktiv einzubeziehen bzw. zur Entlastung der Krankenhäuser mit COVID-19-Patientinnen bzw. -Patienten heranzuziehen?

**Dr. Sabine Weigand**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welchem Umfang bieten die Gesundheitsämter in Bayern derzeit HIV-Testungen an, über welchen Zeitraum hinweg konnten seit Ausbruch der Coronapandemie keine HIV-Testungen mehr von den Gesundheitsämtern angeboten werden und welche alternativen Teststellen für anonyme HIV-Tests werden in Bayern von der Staatsregierung gefördert?

**Margit Wild**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ist es korrekt, ob das beim eingesetzten Personal für gemeinsam.Brücken.bauen noch nicht sämtliche Gehälter und Löhne ausbezahlt sind und falls ja, woran liegt das?

**Andreas Winhart**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, mit welcher Summe der Freistaat zusätzlich rechnen muss um für alle Bürgerinnen und Bürger eine Booster-Impfung zur Verfügung zu stellen, ob genügend Impfstoff für alle Bürgerinnen und Bürger vorhanden ist und ob Sprechstunden zur Nachbetreuung eingeplant werden?

**Christian Zwanziger**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anlässlich der Vorkommnisse bei der und rund um die Demonstration „Studenten stehen auf Nürnberg/Erlangen“ am 20.11.2021 in Erlangen, die laut Presseberichterstattung maßgeblich durch Vertreterinnen bzw. Vertretern der sogenannten Querdenker-Bewegung organisiert wurde und an der bis zu 1 000 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet teilnahmen, frage ich die Staatsregierung, wie erklärt die Staatsregierung dass die Polizei Presseberichten zufolge weder bei Missachtung der Maskenpflicht noch bei Sachbeschädigungen durch die Demonstrierenden (Herunterreißen von Bannern, Beschädigung von Bäumen) oder eingreifen konnte, welches Vorgehen hätte die Staatsregierung angemessen erachtet, wenn – wie hier im Anschluss an die Demonstration geschehen – Demonstrierende in Gruppen von bis zu 100 Personen unter massiver Missachtung der Auflagen durch das Ordnungsamt (mindestens des genehmigten Zeitraumes wie auch der genehmigten Streckenführung) durch das Stadtgebiet weiterziehen und teils aggressiv gegenüber Passantinnen bzw. Passanten auftreten, und welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung zum politischen Spektrum der Demonstrierenden bzw. Organisatorinnen bzw. Organisatoren (bspw. Personen, die unter Beobachtung stehen oder einschlägig vorbestraft sind)?